

DIE TÖDLICHEN SPIELE DES ANTON S.

Steixner. Um das Monopol des Roten Kreuzes zu erhalten, werden Menschenleben gefährdet. Der zuständige Landesrat Toni Steixner nimmt das ebenso in Kauf wie die verantwortlichen Landesbeamten. Als Ausrede für ihre Haltung nennen sie das Tiroler Rettungsgesetz. Ein Gesetz, das sie genauso mit Füßen treten, wie so manch anderes. Von der Menschlichkeit und politischer Verantwortung ganz zu schweigen.

Am 20. Februar 2006 starb in Kirchbichl eine Frau. Kreislaufstillstand. Jede Hilfe zu spät. Es ist nicht anzunehmen, dass Landesrat Toni Steixner sie gekannt hat. Zufall wäre es auch, wenn Landesbaudirektor Herbert Biasi oder der Leiter der Abteilung für Zivil- und Katastrophenschutz, Herbert Walter, unmittelbar vom Tod der Frau erfahren hätten. Trotzdem verbindet die Verstorbene etwas mit den drei, im Land Tirol für das Rettungswesen und damit in gewisser Weise auch für Leben und Tod verantwortlichen Herren. Etwas Schreckliches.

Elf Tage zuvor, am 9. Februar 2006, hatten Steixner, Biasi und Walter den Tod der Frau indirekt in Kauf genommen. Weil sie aus schwer haltbaren „verwaltungsrechtlichen“ Gründen verhinderten, dass die in Kirchbichl ansässigen Notfallsanitäter über Notfälle informiert werden.

Obwohl die Verantwortlichen auf die Folgen aufmerksam gemacht worden waren, hatten sie keinen Finger gerührt, um die potenziellen Überlebenschancen der Kirchbichlerin im Notfall zu steigern. Dabei wäre das für Toni Steixner, Herbert Biasi und Herbert Walter so einfach gewesen. Ein schlichtes „Okay“ hätte gereicht. Eine simple Zusage, dass für Menschen, die in



Kirchbichl in Lebensgefahr geraten, alles getan wird, um ihr Leben zu retten.

Es nicht getan zu haben, ist eine untragbare Verantwortungslosigkeit – für die Beamten wie den Politiker. Toni Steixner könnte das erdrücken. Was ist schlimmer für einen Politiker, als irgendwie mit dem Tod eines Menschen in Verbindung gebracht zu werden oder schlicht damit, die schnellstmögliche Rettung eines in Not Geratenen verhindert zu haben? Und das mit den lapidaren Worten: „Einzelfälle wird es immer geben.“

Die dramatischen, schlimmstenfalls tödlichen Folgen seines Nicht-Handelns hätten jeden treffen können. Ein drei Jahre altes Kind, einen 43 Jahre alten Mann, oder eben eine 80-jährige Frau. Ganz egal. Das wusste er. Das akzeptierte er. Und nach wie vor nimmt er es in Kauf. Doch die Einzelfälle, von denen Steixner spricht, haben ein Gesicht.

Der Sohn der Verstorbenen hatte seine Mutter zusammengebrochen im Bad entdeckt. Regungslos. Er wusste nicht, wie lange sie da schon gelegen hatte. Bei einem Kreislaufstillstand sind die ersten Minuten entscheidend. Ohne Sauerstoff hört das Herz nach 30 bis 60 Sekunden auf zu schlagen, das Gehirn kann maximal drei bis fünf Minuten ohne Sauerstoff auskommen. Treffen die Rettungskräfte nach einer Minute ein, stehen die Überlebenschancen bei 90 Prozent, kommt Hilfe erst nach zehn Minuten, ist es meist zu spät. Am so genannten „plötzlichen Herztod“ sterben in Österreich rund 15.000 Menschen pro Jahr. Um diese Zahl zu verringern, werden landauf, landab Defibrillatoren installiert, die mit einem gezielten Stromstoß das Herz wieder zum Schlagen bringen. Die Geräte zählen zur Standardausrüstung jedes Rettungsteams.

Der Notruf des Sohnes erreichte die ILL, die so genannte Integrierte Landesleitstelle, die Notrufzentrale des Landes. Sie ist verantwortlich für die Alarmierung der Rettungskräfte im Bezirk Kufstein, also auch verantwortlich für die Folgen eines 144-Notrufes.

In der Landesleitstelle wurde der Ernst der Lage in Kirchbichl erkannt. Dem Notruf wurde höchste Priorität eingeräumt, der Rettungseinsatz der lebensbedrohlichen Lage entsprechend als so genannter „ECHO-Einsatz“ klassifiziert. Bei diesem

Foto: Freide

Toni Steixner: Nimmt in Kauf, dass Menschenleben gefährdet werden – nur um das Monopol zu schützen.

DER MONOPOLKAMPF

Im Tiroler Unterland sind dem Roten Kreuz in den vergangenen zwei Jahren unzählige Fans abhanden gekommen. Die Art und Weise, wie das Rote Kreuz dagegen ankämpfte, dass der Samariterbund den Notarztstützpunkt in Wörgl weiter betreiben darf, hat dazu geführt, dass viele sich entsetzt abwenden, wenn die RK-Mitarbeiter mit der Sammeldose vor der Tür stehen. Die Auseinandersetzung führte dazu, dass die Samariter nach Kirchbichl ziehen mussten, dort ihre Leitstelle eröffneten und seither hauptsächlich Krankentransportdienste versehen. Die ständig steigende Anzahl der Fahrten ist ein Beweis für den Zuspruch, den die Samariter im Unterland erfahren. „Ich habe sehr gute Erfahrungen mit ihnen gemacht. Die Freundlichkeit hat zugenommen und es lässt sich angenehmer mit ihnen reden“, stellt beispielsweise der Wörgler Arzt Josef Scherthaner



Peter Riedmann, BM Wildschönau

fest, und sagt auch: „Es wäre wichtig, dass das Rote Kreuz den Kampf aufgibt, die Mitbewerber akzeptiert und mit ihnen zusammenarbeitet. Dass man jeden Mitbewerber ablehnt, verstehe ich nicht.“

Wie wenig das Rote Kreuz bereit ist, derart erfrischende und einleuchtende Ratschläge und Feststellungen an- beziehungsweise wahrzunehmen, zeigt es in der aktuellen Verhärtung der Fronten in der Wildschönau. Die Gemeinde hatte den Rettungsdienstvertrag mit dem Roten Kreuz gekündigt und für die Zeit ab 1. 1. 2007 neu ausgeschrieben. Im Mai bekamen die Samariter den Zuschlag und nun will das Rote Kreuz die Vergabe beim Obersten Gerichtshof bekämpfen. Beim Unabhängigen Verwaltungssenat sind die RK-Juristen längst abgeblitzt.

Jede Gemeinde muss laut Tiroler Rettungsgesetz einen solchen Vertrag mit einer Rettungsorganisation abschließen, bezahlt wird für den Rettungsdienst in so genannten Kopfquoten (Preis pro Einwohner).

In der Wildschönau boten das Rote Kreuz Kufstein (Kopfquote: 50,75 Euro), der Samariterbund Tirol (Kopfquote: 6,80 Euro) und die Firma Meditrans (Kopfquote: 5,34 Euro) an. Dass die Kufsteiner nicht zum Zug kamen, liegt aufgrund des gigantisch überhöhten Angebotes auf der Hand. Dass die Firma Meditrans nicht zum Zug kam, liegt laut Bürgermeister Peter Riedmann schlicht daran, dass diese Firma auf Nachfrage nicht erklären konnte, wie sie den Rettungsdienst in der Wildschönau versehen wolle. „Sie gaben uns die Auskunft, sie hät-

ten noch Monate Zeit, nachzudenken“, so Riedmann. Er und der Wildschönauer Gemeinderat rochen Lunte: „Die Firma Meditrans ist eine Rotkreuz-Firma, die um ein Zehntel dessen anbot wie das Rote Kreuz selbst. Das war ein Spielchen.“ Kein phantasievolles.

Geschäftsführer der Firma Meditrans ist Rupert Haider. Rupert Haider ist auch Geschäftsführer des Roten Kreuzes Innsbruck. Und Rupert Haider weigert sich konsequent, zu erklären, wie seine Firma es schaffen wollte, den Rettungsdienst in der Wildschönau zu versehen und noch dazu um diesen Preis. Er weigert sich offensichtlich auch, seine Kalkulation den anderen Tiroler Rotkreuz-Stellen zur Verfügung zu stellen. Das wäre in einer Zeit, in der geplant ist, die Kopfquoten allgemein zu erhöhen und bei den Gemeinden für den Rettungsdienst noch

tiefer in die Tasche zu greifen, mehr als recht und billig, ja sogar honorig.

Doch es darf angenommen werden, dass die Meditrans ein Phantasieangebot legte, dass das Rote Kreuz damit die Auftragsvergabe an die Samariter verhindern und die Firma den Auftrag dem Roten Kreuz Kufstein übergeben wollte. Geld spielt – für das Rote Kreuz im Kreuzzug zumindest – keine Rolle.

Wohl aber für jene, die für die Dienstleistungen des Monopolisten zahlen müssen. Und, um eine Vorstellung der mächtigen Verbindungen des Roten Kreuzes zu bekommen, genügt nicht nur der Blick in die Gemeinden, die großteils am Gängelband des teuren Riesen hängen. Ein kleines Beispiel aus der „Veranstalterwelt“ zeigt, dass das System weiter reicht.

Der Samariterbund hatte beispielsweise ein Angebot für den Ambulanzdienst bei der Eishockey-WM in Innsbruck gelegt. Hierbei gibt es kein besser oder schlechter, die Vorgaben für diese Dienste sind normiert und für alle Rettungsorganisationen gleich. 22.000 Euro hatten die Samariter dafür kalkuliert und angeboten. Den Zuschlag bekamen sie nicht. Den Ambulanzdienst versah das Rote Kreuz und es verlangte dafür, laut Peter Schramm (Präsident Tiroler Eishockey Verband) 35.000 Euro. Und der Verband zahlte. Diese 13.000 Euro „freiwillige“ Mehrkosten dürfen getrost hochgerechnet, der Phantasie bei der Vorstellung der RK-Überzeugungsarbeit getrost freien Lauf gelassen werden.

Code weiß jeder Helfer, dass jede Minute wichtig ist, dass jede Minute, die zwischen Alarmierung der Rettungskräfte und deren Eintreffen am Einsatzort vergeht, entscheidend sein kann – für Leben oder Tod.

Auch dem Geschäftsführer der Landesleitstelle Herbert Walter muss das bekannt sein, genauso wie seinem Vorgesetzten Herbert Biasi. Man darf sogar annehmen, dass der dafür zuständige Politiker Toni Steixner schon davon gehört hat. Und jeder am Notruf-Telefon der Leitstelle arbeitende Disponent weiß es schließlich. Blaulicht heißt das, Vollgas.

Im vorliegenden Fall alarmierte die Landesleitstelle den Rotkreuz-Rettungswagen und das Notarzteinsatzfahrzeug in Wörgl. Mindestens sechs Minuten vergehen, bis die Rettungskräfte von dort aus in Kirchbichl eintreffen können. Trotz Blaulicht, trotz Vollgas. Schneller geht's nicht. Sechs Minuten Ausrück- und Anfahrtszeit sind im Falle eines Kreislaufstillstandes mit einer um 60 Prozent geringeren Überlebenschance gleichzusetzen. Im allerbesten Fall, wenn der Sohn also direkt neben seiner zusammensackenden Mutter gestanden und sofort die 144 gewählt hätte, wären noch vier Minuten geblieben, um die Frau zu reanimieren. Drei Minuten sind wahrscheinlicher, zwei möglicherweise realistischer.

UNHEIMLICHER SUMPFF. Mindestens neun Minuten wären bestenfalls für die Wiederbelebung geblieben, hätte der Disponent der Landesleitstelle nach dem Notruf des Sohnes das nächste in Frage kommende Rettungsteam alarmiert. Nicht nur der einfache Hausverstand gebietet angesichts einer lebensbedrohlichen Situation, jene Helfer zu alarmieren, die den Einsatzort am schnellsten erreichen können. In den USA oder England beispielsweise werden in einem solchen Fall ausnahmslos alle alarmiert, die einen Defibrillator „an Bord“ haben. Egal ob Feuerwehr, Polizei, oder sonstwer – so schnell wie irgendwie möglich muss es gehen. In Tirol gelten andere Regeln.

Rund 400 Meter entfernt von der Wohnung, in der die Frau am 20. Februar 2006 regungslos aufgefunden wurde, befindet sich die Basis des Samariterbundes Kirchbichl – mit den Rettungswagen, dem Notarztwagen, mit allem Drum und Dran, was eine Rettungsstation eben braucht. Defibrillatoren inbegriffen. Die Landesleitstelle weiß seit langem, dass dort ausgebildete



Robert Lauf: „Durch die Nicht-Alarmierung werden Menschenleben gefährdet.“



Gerhard Czappek: Der „Samariter“ erstattete Anzeige gegen die ILL-Chefs.

Rettungsanitäter – ausgestattet mit kompletter Notfallausrüstung – einsatzbereit sind. In unzähligen Briefen, E-Mails und Telefonaten wurden sie davon in Kenntnis gesetzt und gebeten, dies in dringenden Notfällen zu berücksichtigen. Die Landesleitstelle wusste deswegen auch, dass die Sanitäter des Samariterbundes viel schneller bei der Frau mit Kreislaufstillstand hätten sein können. Ein Anruf hätte genügt, und die Samariter wären innerhalb von 30 Sekunden bei ihr eingetroffen. 90 Prozent Überlebenschance wären möglicherweise ein großes Geschenk für sie gewesen. Die Frau hätte jeden erdenklichen Anspruch auf dieses „Geschenk“ gehabt.

Doch die Landesleitstelle alarmierte die Samariter nicht. Die Samariter kennzeichnet nämlich ein weißes Kreuz auf rotem Grund, nicht umgekehrt. Die Landesleitstelle alarmierte die Samariter noch nie. Und sie tut es nach wie vor nicht. Ganz bewusst. Ganz egal, ob sie dadurch aktiv Menschenleben gefährdet. Ganz egal, ob sie dazu im Sinne des zu rettenden Menschen verpflichtet wäre. Ganz egal, ob ausgerechnet die Leitstelle des Landes Tirol, das auf der diesbezüglichen Seite seiner offiziellen Homepage selbst betont, „der Zeitraum zwischen der Meldung eines Hilfesuchenden (Notruf) an eine Notrufleitstelle und dem Eintreffen einer od. mehrere Hilfsorganisationen soll so kurz wie möglich sein“, sich damit möglicherweise der vorsätzlichen unterlassenen Hilfeleistung schuldig macht.

„Es müsste selbstverständlich sein, die Schnellsten zu alarmieren, sonst brauche ich keine Leitstelle“, ist beispielsweise der Wörgler Arzt Josef Schernthaler überzeugt, „sie nicht zu alarmieren, geht zu

weit. Wenn man Pech hat, kann etwas passieren.“ Das liegt auf der Hand.

Der Kreislaufstillstand in Kirchbichl und das bewusste Nicht-Alarmieren der Rettungskräfte mit dem weißen Kreuz ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Hinter dieser verantwortungslosen Haltung steckt System. Ein System, das sich bei genauer Betrachtung wie ein großer Sumpf ausmacht. Beamte spielen mit. Politiker spielen mit. Und das Rote Kreuz spielt mit. Sie alle bilden ein unheimliches, ganz Tirol umspannendes Netzwerk, das Macht und Monopol offensichtlich mehr würdigt als Menschenleben, die sie zu schützen und zu retten haben. Doch, diese Betrachtungsweise ist naiv. Denn, um Macht und Monopol zu erhalten, ist das Netzwerk ganz offensichtlich bereit, Gesetze zu brechen und mit Mitteln zu kämpfen, die simpel als unwürdig zu bezeichnen, viel zu kurz gegriffen ist. Abstoßend trifft's besser.

Erst, als das Rote Kreuz mit dem Samariterbund einen Mitbewerber auf dem Rettungsmarkt in Tirol bekam, begann dieser Sumpf aufzubrechen und zu stinken. Erstmals wurde offen gelegt, wie viel der Rettungsdienst in Wirklichkeit kostet und wie viel mehr das Rote Kreuz dafür von den Gemeinden verlangt. Plötzlich wurde klar, welchen Druck das Rote Kreuz auszuüben vermag.

Zu welchen Waffen das Rote Kreuz und seine Verbündeten in der Politik greifen, um die Samariter abzuwürgen, die ihr teures Monopolsystem vermeintlich stören, wurde beim „Rettungsstreit“ in Wörgl offensichtlich und zeigt sich derzeit bei der beschämenden Auseinandersetzung in der Wildschönau, der ersten Gemeinde, die den Mut hatte, den Vertrag mit dem Roten

Kreuz zu lösen und die Samariter mit dem Rettungsdienst zu beauftragen.

Doch von Seite der Verantwortlichen wird weder versucht, den Gestank einzudämmen, noch den Sumpf trocken zu legen, noch die Gelegenheit wahrzunehmen, um Kostenwahrheit im Rettungswesen einziehen zu lassen. Im Gegenteil.

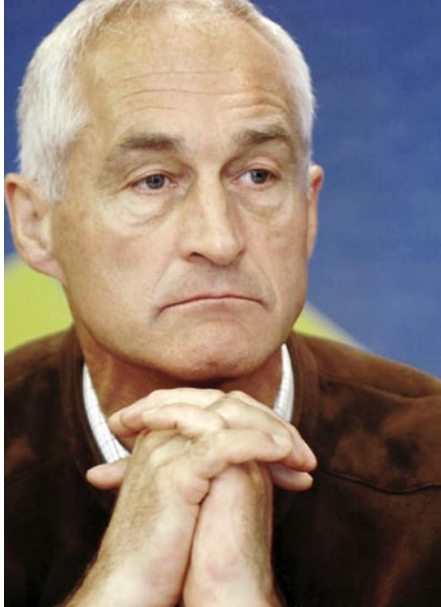
DAS NETZWERK. Am 9. Februar 2006 war den Vertretern des Samariterbundes Robert Lauf und Gerhard Czappek endlich ein Termin im Landhaus gewährt worden. Monatlang hatten sie darum gebeten, in zahlreichen, stets unbeantworteten Briefen und E-Mails auf die Dringlichkeit der Situation aufmerksam gemacht.

„Gestern früh starb 300 Meter von unserer Wache entfernt in Kirchbichl ein 15-jähriger Junge. Die ILL hat nicht einmal den Versuch unternommen, den Samariterbund zu verständigen, der eine Minute Anfahrtszeit gehabt hätte“, heißt es beispielsweise in einer E-Mail, die Gerhard Czappek am 22. September 2005 an Herbert Walter, das Büro des Toni Steixner-Vorgängers Konrad Streiter, die Landesbaudirektion, die Bezirkshauptmannschaft Kufstein und Landeshauptmann Herwig van Staa sendete. „Erst vor wenigen Tagen haben Sie (Herbert Walter – Anm. d. Red.) mir telefonisch zugesichert, dass wir disponiert werden. Leider entspricht dies nicht der Wahrheit. Wir schlagen dringendst vor, dass es zu einem Treffen mit den Verantwortlichen der ILL und des Samariterbundes Tirol kommt und bitten um eine rasche Antwort“, heißt es abschließend. Die Antwort kam nicht.

Am 18. August 2005 waren Herbert Walter, Landesrat Streiter und die Landesbaudirektion bereits von zwei dramatischen

Fällen – in beiden trafen die RK-Hilfskräfte auffallend spät an den Einsatzorten ein – in Kenntnis gesetzt worden. „Wir sind der Meinung, dass die Problematik professionell und sachlich in Angriff genommen werden sollte, da es um Menschenleben geht und ersuchen Sie daher nun dringendst, sich mit der Materie auseinanderzusetzen, um nicht Schlimmeres geschehen zu lassen“, beenden Gerhard Czappek als Leiter und Wolfgang Hengl als Chefarzt des Samariterbund-Stützpunktes Kirchbichl dieses Schreiben. Wieder wurde im Landhaus nicht reagiert und niemand kann sagen, wie viele Fälle in der Zwischenzeit passiert sind.

Nachdem Toni Steixner Konrad Streiter Anfang des Jahres als zuständigen Politiker abgelöst hatte, hofften die Samariter auf Gehör. Sie hofften, Steixner würde sich dafür einsetzen, dass ihre Rettungsorganisation in jenen Notfällen, bei denen sie am schnellsten am Einsatzort sein können, alarmiert wird. Nur darum geht es. Nicht um Geld. Eine zwei Stunden lange Reanimation „bringt“ der Organisation rund 70 Euro, womit nicht einmal die Materialkos-



Herbert Biasi: Die Gesetzesbrüche sind ihm bekannt.

ten abgedeckt sind. Um Menschenleben geht es, nicht mehr und nicht weniger.

Das machten Lauf und Czappek den beim Gespräch anwesenden Herren Steixner, Biasi und Walter klar. Auch darauf, was passieren könnte, wenn die Staatsanwaltschaft von den Folgen einer Nichtalarmierung erfahren würde, ja sogar dezidiert auf einen „Kreislaufstillstand in Kirchbichl“ wurden die Landesverantwortlichen aufmerksam gemacht. „Herr Biasi sagte dann

sinngemäß, es wäre eh nicht schlecht, wenn das einmal ausjudiziert werden würde und Landesrat Steixner hat dies durch zustimmendes Nicken und mit den Worten, das ist so, bestätigt“, erinnern sich Czappek und Lauf. Der von Biasi und Steixner damit dezidiert in Kauf genommene „Präzedenzfall“ eines Toten sollte bald zur Staatsanwaltschaft vordringen.

Denn die Hoffnung, dass Toni Steixner die politische Tragweite der Situation erkennen oder schlicht aus menschlichen Beweggründen handeln würde, bewahrheitete sich nicht. Der Samariterbund wurde nach dem 9. Februar 2006 genauso wenig alarmiert wie zuvor. Elf Tage später starb die Kirchbichlerin.

Nachdem der Sohn der Frau die Landesleitstelle informiert hatte, wurde er von dem Disponenten angewiesen, Erste Hilfe zu leisten und damit die Zeit bis zum Eintreffen der Hilfskräfte aus Wörgl möglicherweise lebensrettend zu überbrücken. In seiner Panik sah er sich damit überfordert und plötzlich fiel ihm ein, dass in unmittelbarer Nachbarschaft die Samariter stationiert sind. Er rief sie an. Innerhalb

GEFÄHRLICHER EIERTANZ

Folgendes Gespräch wurde am 24. Jänner 2006 zwischen Robert Lauf (Arbeiter-Samariterbund) und Mitarbeitern der Landesleitstelle in Innsbruck geführt. Erneut war der in der Wildschönau stationierte Rettungswagen der Samariter nicht alarmiert worden, obwohl er dem Unfallort am nächsten war.

„Leitstelle Tirol Andreas Maurer“ – meldet sich.

Lauf: Servus, da ist der Robert.

Andreas Maurer: Servus Robert, griasdi.

Lauf: Kann es sein, dass in der Wildschönau ein Hubschraubereinsatz ist?

Maurer: Es ist ein Hubschraubereinsatz, ja, richtig.

Lauf: Und unser Wagen wird nicht verständigt, oder?

Maurer: Woher weißt du von einem Einsatz?

Lauf: Ja, ich weiß es halt.

Maurer: Du weißt es halt.

Lauf: Ja.

Maurer: Ja, ich kann dir nur das sagen, was dir mein Kollege schon heute Vormittag gesagt hat. Anfragen hinsichtlich eurer Alarmierung gehen bitte an das Amt der Tiroler Landesregierung.

Lauf: Da werden aktiv Menschenleben gefährdet.

Maurer: Wie gesagt, Robert, diese Anfragen bitte an das Amt der Tiroler Landesregierung.

Lauf: Ihr seid's die Leitstelle und ich frage dich, warum das Auto da nicht hingeschickt wird.

Maurer: Ja, und ich verweise dich auf...

Lauf: Das ist eine massive Pflichtverletzung gegenüber den Menschenrechten, weißt du das?

Maurer: Ich verweise dich in dieser Angelegenheit an

meine Vorgesetzten und die sitzen im Büro, den Gernot (Vergeiner – Anm. d. Red.) kennst', und ansonsten – das Amt der Tiroler Landesregierung.

Lauf: Ja, und wohin fliegt er jetzt, weil unser Auto ist auch auf dem Weg.

Maurer: Er fliegt nach Auffach.

Lauf: Und um was geht's genau, weil unser Auto ist auf dem Weg dorthin, wahrscheinlich ersteintreffend.

Maurer: Woher wisst ihr von dem Einsatz, das wundert mich schon ein bisschen.

Lauf: Zufällig haben wir eine Telefonnummer, wo man bei uns anrufen kann.

Maurer: Ja, ich verstehe. Er fliegt zur Schatzbergbahn auf einen internen Notfall.

Lauf: Talstation? Mittelstation? Irgendwo?

Maurer: Ich habe die Meldung Talstation.

Lauf: Talstation. Welche Verletzten?

Maurer: Ein interner Notfall, habe ich gesagt.

Lauf: Intern. Um was geht es denn genau, ich möchte es ihm gerne sagen.

Maurer: Kreislaufprobleme habe ich da.

Lauf: Alter oder so, weißt du nicht? Ansprechbar? Irgendwas?

Maurer: Ansprechbar is'. Eine Dame.

Lauf: Okay, unser Wagen ist dort und wird wahrscheinlich auch den Hubschrauber einweisen.

Maurer: Ja.

Lauf: ...auf ASB-Frequenz einweisen. Kannst ihm sagen, dem Hubschrauber.

Maurer: Ja, gut. Und wie gesagt, alles andere musst du dir bitte mit der Landesregierung ausschnapsen.

Lauf: Traurig, traurig, sag ich.

Maurer: Ja, du weißt, wer unsere Chefs sind und du weißt auch wer zuständig ist.

Lauf: Kannst ihnen einen schönen Gruß sagen, das wird sicher Konsequenzen haben.

Maurer: Ja, Robert. Du weißt aber genau, mit wem du reden musst, dass der Disponent hier drinnen dir nicht weiterhelfen kann.

Lauf: Trotzdem muss ich es immer wieder erwähnen.

Maurer: Ja, aber deponiert's das bitte endlich bei den Stellen, die zuständig sind und das ist das Amt der Tiroler Landesregierung.

Lauf: Ihr habt einen eingeschriebenen Brief von uns gekriegt, dass das Auto einsatzbereit drinnen ist.

Maurer: Ja. Noch einmal: Amt der Tiroler Landesregierung. Okay? Servus.

Lauf: Servus.



Reinhard Neumayr: Der Rotkreuz-Präsident weiß, dass sich die Disponenten strafbar machen können.

von 30 Sekunden waren Gerhard Czappek und ein Zivildienstler in der Wohnung. „Der erste Notfallcheck ergab, dass sie weder Atmung noch Kreislauf hatte“, erinnert sich Czappek. Nachdem die Samariter, um weitere Maßnahmen zu setzen, die Frau vom Bad ins Vorzimmer getragen und EKG-Elektroden an ihrem Brustkorb befestigt hatten, traf die Notärztin des Roten Kreuzes ein. Czappek äußerte ihr gegenüber, dass er glaube, es sei schon zu spät und half dann mit, die von der Ärztin eingeleiteten Reanimationsmaßnahmen zu setzen. 45 Minuten lang. „Zu keinem Zeitpunkt setzte der Herzrhythmus ein, geschweige denn atmete die Patientin einmal“, so Czappek. Die Frau war tot.

UNTERLASSENE HILFELEISTUNG. In einer Stellungnahme an die Kriminalpolizei musste er dies alles zusammenfassen, denn am 3. März 2006 war der Samariter vom Rotkreuz-Arzt Kurt Höfler wegen des Verdachtes auf unterlassene Hilfeleistung angezeigt worden. Möglich, dass das Rote Kreuz im Angriff die beste Verteidigung sah; möglich, dass sie genau diesen Fall als Folge einer Nicht-Alarmierung der Samariter befürchtet hatten; möglich, dass sie einfach wieder eine Gelegenheit wahrnehmen wollten, den Samaritern zu schaden. Wie dem auch sei, die Staatsanwaltschaft Innsbruck sah keinen Grund, gegen Czappek zu ermitteln.

In seiner Stellungnahme zu den Ereignissen des 20. Februar 2006 hatte Gerhard Czappek aber im Gegenzug Anzeige gegen die Verantwortlichen der Landesleitstelle Tirol erstattet – wegen vorsätzlicher unterlassener Hilfeleistung aufgrund der systematischen Nicht-Alarmierung des Samariterstützpunktes, auch in lebensbedrohlichen Notfällen.

Diese Anzeige brachte die Zuständigen ins Schwitzen. Bis Mai ließen sie sich Zeit, eine Stellungnahme zur Anzeige zu formulieren. Es wäre spannend zu wissen, wie sie ihr Verhalten argumentieren, doch Herbert Walter und Herbert Biasi schweigen. Trotz zahlreicher Aufforderungen, zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen, verkriechen sie sich.

Herbert Walter, immerhin Geschäftsführer der Landesleitstelle, war es nicht einmal möglich, auf die simple Frage, wozu ein Disponent der Leitstelle verpflichtet sei, wenn sich der Notfall als lebensbedrohlich darstelle, zu antworten. Weiß er es nicht oder fürchtet er sich vor den Folgen? Jemand muss die Leitstellen-Mitarbeiter ja angewiesen haben, die Samariter nie zu alarmieren (siehe Kasten „Gefährlicher Eiertanz“). Und dieser jemand muss im Amt der Tiroler Landesregierung sitzen.

Walter und Biasi hatten noch einmal Glück. Die Frau aus Kirchbichl wurde nach ihrem Tod verbrannt. Deswegen wurden Mitte Juni die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die Landesleitstelle eingestellt. Doch die Katze ist aus dem Sack. Und es ist lediglich eine Frage der Zeit, bis die Zuständigen für die Landesleitstelle vor den Richter zitiert werden. Einige Gerichte kommen dafür in Frage. Denn ihre Vorgangsweise ist möglicherweise nicht nur in Einzelfällen wegen unterlassener Hilfeleistung strafbar, sondern auch, weil die Integrierte Landesleitstelle an sich ein Konstrukt ist, mit dem gegen alle nur erdenklichen Gesetze verstoßen wird.

DIE LEITSTELLE. Im Zuge des bereits mehrfach erwähnten Gesprächs im Landhaus erklären Biasi und Steixner stets, die Bestimmungen des Tiroler Rettungsgesetzes würden die Alarmierung der Sa-

Was hat Tirol zu seinem Glück noch gefehlt?
Ein eigenes Weißbier.



Das Tiroler Weißbier ist da.
Zillertal Weißbier
Die obergärige Spezialität



„EINZELFÄLLE WIRD ES IMMER GEBEN.“



Auszüge aus dem Gespräch, das Landesrat Toni Steixner, Landesbaudirektor Herbert Biasi und ILL-Chef Herbert Walter mit den Vertretern des Samariterbundes, Robert Lauf und Herbert Czappek, am 9. Februar 2006 geführt haben.

Toni Steixner: „Es ist nicht so, dass wir jemanden mit Gewalt verhindern wollen, der da ist, aber wir wollen halt schon in erster Linie mit dem Hauptpartner gut zusammenarbeiten und das ist das Rote Kreuz.“

Toni Steixner, nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden ist, dass es hier um Menschenleben gehe und deziert ein Fall in der Wildschönau angesprochen wurde, bei dem der zu Rettende – mit Brustschmerzen – rund 20 Minuten auf Hilfe des Roten Kreuzes warten musste und der circa drei Minuten entfernte Rettungswagen der Samariter nicht von der Leitstelle alarmiert worden war: „Solche Einzelfälle wird es immer wieder geben. Aber insgesamt muss ich schon sagen, wenn man sagt, wir sind da und deswegen hat man uns anders zu behandeln, oder das Gebiet anders zu behandeln, weil wir halt dort sind [...]. Ich muss schon ganz deutlich sagen, wir haben an sich in ganz Tirol ein Level, wo man sagen kann, natürlich könnte es noch mehr sein, aber im Rettungswesenbereich müssen die Levels möglicherweise noch ein bisschen niedriger werden, weil vieles nicht mehr finanzierbar ist. Und die nüchterne Betrachtung der Situation muss ich da einfach sehen und da kann ich nicht auf einen Einzelfall sagen, ja der hätte müssen eine halbe Stunde warten. Das wird es immer wieder geben. Die in den Tälern drinnen müssen halt auch warten, weil sie halt nicht das Rettungsauto neben sich haben. Das wird immer so sein, dass der es schwieriger hat. Und das täte ich schon bitten, dass man das ansatzweise schon einsieht. Zu sagen, weil wir da sind hat man das Gebiet, in dem wir auf die Welt gekommen sind, anders zu behandeln als im ganzen Land, das

werden wir schwer anfangen können. Weil da - Europa ist offen - und da können andere auch einarmmen und sagen, da suche ich mir die besten Gebiete aus. Das muss ich schon sagen.“

ILL-Chef Herbert Walter auf die Frage, ob es ein Gesetz, einen Paragraphen gibt, laut dem der ASB nicht alarmiert werden darf: „Nein. Das muss ich noch einmal feststellen, wir wollen uns nicht hinter Paragraphen verstecken. Es gibt halt einmal das Tiroler Rettungsgesetz und da steht genau drinnen, wer in Tirol Rettungsdienst machen darf – nämlich diejenige Organisation, die einen Vertrag mit einer Gemeinde hat – ist derzeit bei euch nicht der Fall. Dass ihr natürlich – das wissen wir alle, wie wir hier sitzen, sogar der Herr Landesrat, jemandem helfen müsst, der einen Unfall hat, der eine Krankheit hat, der irgendeinen Notfall hat, das ist, glaube ich, ganz klar und in diesen Fällen steht auch nichts entgegen, dass ihr das tut. Aber derzeit können wir von der rechtlichen Lage das nur schwer nachvollziehen, euch als Rettungsdienst zu disponieren. Ich sage es, wie es ist.“

Toni Steixner: „Wir werden nicht sagen, wir tun jetzt krampfhaft was verändern. Das ist an sich die Entscheidung der Gemeinden. Sobald die so oder so sagen, ist zu reagieren. Nur, wir müssen uns an das Gesetz halten. Das Rettungsgesetz ist halt für uns gültig.“

Herbert Biasi: „Und die Fälle, wo direkt neben eurem Stützpunkt jemand erkrankt und Hilfe braucht, die sind sicherlich auch in der Öffentlichkeit schwer auszuhalten, aber dass sich dann zwei Autos konkurrieren, das wollen wir auch nicht, das müsst ihr auch verstehen. Nicht, dass wir da doppelt alarmieren und doppelt schicken.“

Robert Lauf: „Ich hätte einen ganz einfachen Lösungsvorschlag. Wenn in Kirchbichl ein Einsatz ist, einfach bei uns anrufen und wir fahren beide hin.“

Herbert Biasi: „Einfach die gesetzliche Lage missachten, dass ihr verwaltungsgesetzlich gesehen keinen Rettungsdienst ausüben dürft und wir schicken euch trotzdem zu einem Einsatz? Das kann man von einer Verwaltung nicht gut verlangen.“

Toni Steixner: „Nein, für mich ist das jetzt relativ klar, da brauchen wir nicht lange umananduan, das sind Entscheidungen der Gemeinden und wir können da nicht anders, wir können nicht sagen, wir tun jetzt da unten anders, weil's uns gleich ist.“

Im Mai 2006 wurde der Rettungsdienstvertrag zwischen der Gemeinde Wildschönau und dem Samariterbund unterschrieben. Sogar die „verwaltungsrechtlichen“ Hürden, mit denen Steixner, Biasi und Walter die Nichtalarmierung begründen, wurden damit genommen. Trotzdem wurden die Samariter bis dato nie alarmiert.

mariter unmöglich machen. Und auch Toni Steixner begründet seine Sturheit mit: „Das Rettungsgesetz ist halt für uns gültig.“ Welch Hohn, wurde das Tiroler Rettungsgesetz doch allein bei der Vergabe der Landesleitstellenagenden an die eigens dafür gegründete ILL GesmbH zigfach ignoriert und mit der ILL en passant auch gleich die strengsten Regeln der EU für ein Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung gebrochen (siehe Kasten „Gesetzesbrüche“).

Den Tiroler Rettungsmarkt zu beherrschen ist das Ziel der Landesleitstelle. Dort sollen in Zukunft alle Notrufe (Feuerwehr, Alpinnotruf, Rettung, Krankentransport,...) eingehen und von dort aus sollen alle in Frage kommenden Rettungsorganisationen „ins Feld“ geschickt werden. Wer den Rettungsmarkt nicht kennt, macht sich gar keine Vorstellung davon, welches Machtinstrument das Land mit der Leitstelle in Händen hält.

Dabei geht es nicht nur darum, dass von der Leitstelle aus das gigantische Tiroler Freiwilligenheer mobilisiert werden kann, dabei geht es auch um Geld, viel Geld. Und weil der Rettungsmarkt so groß ist, darf die Landesleitstelle eben nicht handeln, wie es ihr beziehungsweise den monopolverliebten Verantwortlichen gerade einfällt.

So ist es ohne Weiteres denkbar, dass der Samariterbund das Land Tirol und die ILL GmbH klagen könnte, sogar mit einer einstweiligen Verfügung, denn rein rechtlich gesehen ist man verpflichtet, die Rettungsorganisation zu alarmieren. Mehrfach wurden die ILL und die Verantwortlichen auf ihre mannigfaltigen Gesetzes- und Regelbrüche aufmerksam gemacht; zu prüfen wäre auch ob sich Biasi und Walter nicht sogar des Amtsmisbrauchs schuldig gemacht haben könnten. In den zuständigen Abteilungen wurde nie darauf reagiert. Nein, Landeshauptmann Herwig van Staa ist sogar überzeugt: „Tirol ist mit seiner Abteilung für Zivil- und Katastrophenschutz Vorbild.“ Schön.

MONOPOLKAMPF. Bevor die ILL GmbH im vergangenen Jahr als künftige Herrin über alle Notrufe zu arbeiten begann, zeichnete in Kufstein das Rote Kreuz dafür verantwortlich. Und auch das Rote Kreuz war im Jahr 2004 so weit gegangen, den Samaritern, die damals den Rettungsdienst in der Stadt Wörgl über hatten, die Pager und Funkgeräte für die 144-

Notrufe einfach wegzunehmen. Das Rettungsteam war angewiesen, per Telefon alarmiert zu werden, was mehr schlecht als recht funktionierte. Darauf angesprochen, meinte RK-Präsident Reinhard Neumayr im Herbst 2004: „Die Mitarbeiter der Rettungsleitstelle sind verpflichtet,

die entsprechenden Rettungsmittel, also Notarztwagen und Rettungsfahrzeuge, unabhängig vom jeweiligen Betreiber nach dem jeweiligen Sachstand zu disponieren. Handeln sie gegen diesen Grundsatz, machen sie sich strafbar.“ Kann sich das geändert haben, seit das Land für die

Leitstelle zuständig ist? Neumayr ist heute jedenfalls nicht mehr bereit, seine Aussage von damals näher zu erläutern.

Obwohl es innerhalb des Rettungsriens durchaus kritische Stimmen gegenüber der Einrichtung der Landesleitstelle gibt, sind sich die Entscheidungsträger in Landhaus und RK-Zentrale über ein Ziel einig: Sie wollen den Samariterbund draußen haben. Mit allen Mitteln.

Durch die systematische Nicht-Alarmierung zeigen die Verantwortlichen, wie weit sie dafür zu gehen bereit sind. Das Rote Kreuz kämpft subtiler, aber nicht minder widerwärtig. Und die Politik stärkt dem Roten Kreuz den Rücken, wo es nur geht. Ein unheimliches Team.

Wenn Landesrat Toni Steixner meint, dass das Level im Tiroler Rettungswesen in Zukunft sinken müsse, weil die Leistungen in der Form möglicherweise nicht mehr finanzierbar seien, dann sollte er sich zumindest die Mühe machen, die Rechnungen zu prüfen und zu vergleichen (Siehe Kästen „Monopolkampf“ Seite 14 und „Einzelfälle ...“ Seite 18). Doch Finanzen sind derzeit sein geringstes Problem. Er muss mit ganz anderen Sachen fertig werden. Denn, was gibt es Schlimmeres für einen Politiker, als mit dem Tod eines Menschen in Verbindung gebracht zu werden, oder schlicht damit, die schnellstmögliche Rettung eines in Not Geratenen verhindert zu haben? Gar nichts, würde man annehmen. **Alexandra Keller**

GESETZESBRÜCHE

Der ILL GmbH, die teils seit 1. April 2005, teils seit 1. 1. 2006 mit der Integrierten Landesleitstelle tätig ist, fehlt es am gesetzeskonformen Betreuungsakt und fehlt es an einer laut Tiroler Rettungsgesetz geeigneten Gesellschaft. Bei der ILL liegt allem Anschein nach ein eklatanter Verstoß gegen das Vergaberecht, gegen das Kartellrecht und gegen das Monopolverbot vor. Zudem wird damit eine marktbeherrschende Stellung missbraucht. Und die verantwortlichen Beamten machen sich – weil sie mit dem Konstrukt wissentlich Dritte (Rettungsorganisationen „am Markt“) schädigen – möglicherweise sogar des Amtsmisbrauchs schuldig. Von ECHO mit den potenziellen Gesetzesbrüchen konfrontiert, verweigern die Verantwortlichen – namentlich Herbert Biasi (Landesbaudirektor), Herbert Walter (Vorstand Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz) und Landesrat Toni Steixner – jede Aussage beziehungsweise Stellungnahme.

BEISPIEL: § 9 Abs. 2 Tiroler Rettungsgesetz regelt die Übertragung der Erfüllung der Aufgaben der Landesrettungsleitstelle „an eine Rettungsorganisation“ im Sinne des § 8 Abs. 2. Der § 8 Abs. 2 Tiroler Rettungsgesetz schränkt die Rettungsorganisationen insofern ein, als dass diese beispielsweise gemeinnützig sein und überwiegend mit

ehrenamtlichen Personen arbeiten müssen. Zudem muss der satzungsmäßige Zweck dieser Rettungsorganisation die Erbringung von Leistungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Tiroler Rettungsgesetz umfassen. In § 2 Abs. 1 Tiroler Rettungsgesetz wird die Aufgabe des örtlichen Rettungsdienstes geregelt, die unter anderem darin besteht, „[...] Personen, die wegen einer Verletzung oder einer Gesundheitsstörung Erster Hilfe bedürfen, diese zu leisten und sie unter fachgerechter Betreuung mit geeigneten Krankentransportfahrzeugen ärztlicher Versorgung zuzuführen [...]“

Die 2005 gegründete ILL – Integrierte Landesleitstellen Gesellschaft mbH mit den Gesellschaftern Land Tirol (72,22%) und Stadt Innsbruck (27,78%) ist laut Firmenbuch nicht dezidiert gemeinnützig, arbeitet nicht mit ehrenamtlichen Personen, besitzt keine, wie auch immer gearteten Krankentransportfahrzeuge, ist zusammengefasst schlicht keine Rettungsorganisation laut Tiroler Rettungsgesetz. Der ILL GmbH hätten die Agenden der Landesrettungsleitstelle nie übertragen werden dürfen. Trotzdem wurde am 1. April 2005 die Bereichsleitstelle der Roten Kreuzes (Politische Bezirke Innsbruck-Stadt, Innsbruck-Land und Kufstein) vom Land Tirol und der Stadt Innsbruck übernommen und von der ILL GmbH als Integrierte Leitstelle geführt.

PROMOTION BIG DETAIL

Internet für Brillenträger

BIG Detail macht Ihren Web-Auftritt auch optisch barrierefrei.



Kostenloser Check: BIG Detail bietet Service, Kompetenz und barrierefreies Internet.

Zu kleine Schrift, schlecht erkennbare Menüpunkte – viele Homepages sind nur auf „den ersten Blick“ problemlos zu nutzen.

Mittels einer „StyleSwitcher“-Funktion können die Besucher Ihrer Webseiten zum Beispiel Seitengröße und Schriftbild flexibel umschalten. Mit solchen Einstellungsoptionen, die unter anderem Brillenträger sehr schätzen werden, wird Ihr Web-Auftritt optisch „barrierefrei“. Nutzen Sie die Gelegenheit und testen Sie einige Möglichkeiten unter: www.bigdetail.com

Nutzen Sie das Angebot:

Auf Anfrage bietet BIG Detail eine kostenlose Analyse Ihrer Homepage.

Der Einbau eines „StyleSwitchers“ erlaubt es, u.a. individuelle Größeneinstellungen vorzunehmen. Dies ermöglicht den Besuchern Ihrer Homepage eine optimale Lesbarkeit.

■ Ihr Ansprechpartner: Mag. Winfried Herbst
Tel.: 0512-346070, DW 50
E-Mail: winfried.herbst@bigdetail.com
Referenzen unter: www.bigdetail.com

